

063.17(14). - MA/nj

Bonn, den 7. Dezember 1987

731.0.-700.1.

531.10(1).

Gespräch von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz
mit
Bundeswirtschaftsminister Dr. Martin Bangemann
am 4. Dezember 1987

Deutsche Teilnehmer:

- Ministerialdirigent Dr. Morawitz, Leiter der Unter-
 abteilung E A (Beziehungen zu EG-Mitgliedstaaten und
 Drittländern)
- Ministerialrat Dr. Streit, Leiter des EFTA-Referates
- Regierungsdirektor Krause, Pressereferat

Schweizerische Teilnehmer:

- Botschafter Hohl
- Botschafter Lévy
- Herr Jaccard
- Herr Martin

Bangemann verdankt zu Beginn des Gespräches die Einladung für das gelungene informelle Handelsministertreffen in Lausanne. Mit dem nächsten solchen Treffen in Konstanz möchte Bangemann eine Standortbestimmung über die Arbeiten in den verschiedenen GATT-Verhandlungsgruppen vornehmen. Im Gegensatz zu anderen EG-Kollegen sei er, Bangemann, nicht so zurückhaltend gegenüber einem "early harvest". Die Bundesrepublik sei aber Mitglied der EG und müsse auf ihre Partner Rücksicht nehmen. Die Befürchtung Frankreichs, dass bei ersten Verhandlungserfolgen im Agrarbereich die Uruguay-Runde auseinanderbrechen könnte, sei nicht von der Hand zu weisen.

./.

1. Prioritäten für die deutsche EG-Präsidentschaft

Bangemann erläutert zu Beginn die drei grossen Themen, die den Europäischen Rat von Kopenhagen beherrschen werden: die zukünftige Finanzstruktur der Gemeinschaft, die Agrarreform und die Aufstockung der Strukturfonds.

Finanzstruktur

Neben der Mehrwertsteuer, den Abschöpfungen und den Zöllen, die eine immer geringere Rolle spielen, soll eine neue Abgabe treten. Diese Abgabe ergäbe sich aus der Differenz zwischen dem Mehrwertsteuersatz und dem Bruttosozialprodukt oder allenfalls dem Bruttoinlandprodukt. Diese neue Einnahmequelle entspreche dem Erfordernis einer besseren Gerechtigkeit. Jetzt bestehe eine grosse Schiefelage. Relativ reiche Länder wie Dänemark und die Niederlande kämen im Vergleich zu Portugal und Spanien viel zu günstig weg. Dies liege u.a. daran, dass in der gemeinsamen Agrarpolitik die Marktordnungen für Produkte der nördlichen EG-Länder dominieren. Der Vorwurf, die Bundesrepublik sei der Zahlmeister der EG, erachtet Bangemann als ungerechtfertigt. Die Bundesrepublik sei das Land, das am meisten von der EG profitiere. Zur Frage der Rückzahlung an Grossbritannien meint Bangemann, die übrigen EG-Partner würden vermutlich nicht darumherumkommen, der "überemanzipierten" Frau Thatcher in dieser Frage entgegenzukommen. Die Rückzahlungen an Grossbritannien müssten aber degressiv und mit einem klaren Endpunkt versehen sein.

Agrarreform

Hier stellt sich laut Bangemann die Frage, welche Massnahmen getroffen werden sollen, um die Ueberschussproduk-

- 3 -

tion zu beseitigen. Selbst von deutschen Landwirten werde die Notwendigkeit einer Rückführung der Ueberschüsse erkannt. Der Vorschlag der Kommission, die Ueberschüsse ausschliesslich über die Preispolitik zurückzuführen, sei für den Koalitionspartner aus Rücksicht auf seine Wählerschaft nicht akzeptabel. Neben den preispolitischen Massnahmen brauche es Elemente mit Sozialcharakter wie beispielsweise Flächenstillegungen und eine Vorruhestandsregelung. In diesem Zusammenhang erklärt Bangemann, die deutsch-französische Agrarachse dürfe nur als Beitrag zur besseren Entscheidungsfindung in der EG gesehen werden.

Strukturfonds

Diese Frage ist laut Bangemann am ehesten lösbar. Der Kommissionsvorschlag, die Strukturfonds zu verdoppeln, lehne die Bundesrepublik zwar ab, weil die Absorptionsfähigkeit der Empfänger dadurch überschritten werde. Die Bundesrepublik möchte die Hilfe aus den Strukturfonds auf Griechenland, Portugal und Spanien konzentrieren.

Delamuraz gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Europäische Rat von Kopenhagen sich einig wird, damit die hängigen Reformen nicht in die deutsche EG-Präsidentschaft verschleppt werden. Bei der von der Bundesrepublik angestrebten Entwicklung des Binnenmarktes müsse, so Delamuraz, stets der Brückenschlag zwischen EG und EFTA im Auge behalten werden.

2. Gemeinsames EG-EFTA-Binnenmarktministertreffen vom 2. Februar 1988

Es sei bereits als ein grosser Erfolg zu werten, dass dieses Treffen stattfinde, erklärt Bangemann einleitend.

./.

- 4 -

Die Vorbehalte gewisser Länder müssten mit den von Kommissar de Clercq in Interlaken erwähnten Bedingungen für die Zusammenarbeit zwischen EG und EFTA entkräftet werden. Diese Zusammenarbeit dürfe die Entwicklung der EG nicht stören, die EFTA-Staaten könnten nicht an Entscheidungen der EG mitwirken, Konzessionen und Vorteile müssten ausgewogen sein. Zur Frage des Brückenschlages meint Bangemann, es müsse irgendwie sichergestellt werden, dass die Schweiz die Arbeitspapiere der Kommission erhalte, damit keine Informationslücken entstehen.

Bangemann zählt anschliessend die Themen auf, die bei der Schaffung des Binnenmarktes und des gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraumes eine Rolle spielen werden:

- Liberalisierung des Kapitalverkehrs
- Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs und Niederlassungsfreiheit
- gegenseitige Anerkennung von Diplomen
Es gehe nicht darum, europäische Diplome zu schaffen, sondern Mindestnormen festzulegen.
- gegenseitige Anerkennung von Normen und Standards
Unterschiedliche Normenbereiche zwischen EG und EFTA seien ungedingt zu vermeiden.
- Steuerharmonisierung
Die Steuerharmonisierung sei ein äusserst schwieriges Unterfangen, erklärt Bangemann. Irland habe beispielsweise ein hohes Staatsdefizit. Verluste bei den Mehrwertsteuern liessen sich im Falle Irlands nicht ohne weiteres kompensieren, weil die direkten Steuern bereits sehr hoch seien. Nach Auffassung Bangemanns muss vorerst grundsätzlich entschieden werden, wieviele Steuersätze es bei der Mehrwertsteuer geben soll. Die Bundesrepublik sei entschieden gegen eine Luxusebene wie sie beispielsweise Dänemark kenne.

./.

- 5 -

- Deregulierung des Verkehrs
Bangemann erklärt dazu, Infrastrukturvorhaben im Verkehrsbereich sollten nur in Ausnahmefällen und nur bei sehr hohen Kosten über neue Gebühren finanziert werden.
- Europäisierung des Patent- und Markenschutzes
- Liberalisierung der öffentlichen Beschaffungsmärkte

Delamuraz erklärt im Anschluss an diese Aufzählung, die Schweiz sei an verschiedenen dieser Themen interessiert. Auf das Treffen vom 2. Februar zurückkommend, erklärt Delamuraz, es müssten Grundsätze und Methoden gefunden werden, um den Brückenschlag zwischen EG und EFTA zu erleichtern. Das Treffen dürfe nicht in eine Wiederholung von Luxemburg münden. In Brüssel müsse es darum gehen, die Felder der Zusammenarbeit zu beschreiben. Bangemann stimmt Delamuraz zu.

3. Treffen der EFTA-Minister mit Willy de Clercq in Tampere vom 15. Juni 1987

Delamuraz erläutert, was die Schweiz von diesem Treffen erwartet. Beim von den EFTA-Ländern angestrebten Abkommen mit der EG-Kommission über den Austausch von Notifikationen auf dem Gebiet der technischen Vorschriften (INST-Verfahren) sowie bei der Vereinfachung der Kumulationsregeln tauchten Schwierigkeiten auf. Wenn sich die deutsche Präsidentschaft bei ihren EG-Partnern für eine speditive Lösung dieser hängigen Fragen einsetzen könnte, so würde dies von den EFTA-Staaten sehr geschätzt.

Herr Streit bestätigt, dass die Vorschläge der EFTA zum INST-Verfahren der Kommission zu weit gehen. Die Vereinfachung der Ursprungsregeln stiesse bei gewissen EG-Län-

./.

- 6 -

dern auf heftigen Widerstand. Lévy wirft die Frage auf, ob die Bundesrepublik die Hoffnung aufgegeben habe, die renitenten Mitgliedstaaten zur Raison zu bringen. Falls dieser Widerstand auf Missverständnissen beruhen sollte, so könnten diese vielleicht mit einem Fachgespräch ausgeräumt werden. Lévy hofft auf einen "coup de pouce" der deutschen EG-Präsidentschaft.

Streit und Morawitz erklären, der Widerstand gegen die Vereinfachung der Kumulationsregeln sei nicht auf Missverständnisse, sondern auf politische Probleme zurückzuführen. Die Experten hätten seit Jahren über der Vereinfachung der Kumulationsregeln gebrütet. Letztlich fehle es am politischen Willen, die Regeln zu vereinfachen.

Lévy erwidert, die Vereinfachung der Kumulationsregeln sei nicht nur ein Anliegen der EFTA-Länder, sondern liege im beidseitigen Interesse. Morawitz pflichtet Lévy zu. Ein dynamischer europäischer Wirtschaftsraum erfordere eine solche Kumulation. Streit ist dagegen mit Lévy nicht ganz einverstanden. Bei der Vereinfachung der Kumulationsregeln sei das EFTA-Interesse grösser als jenes der EG. Italien, das sich gegen die Vereinfachung einsetze, befürchte nämlich, dass bei einer Vereinfachung der Kumulationsregeln die Drittlandsanteile stark zunehmen könnten.

Bangemann verspricht, er werde sich um dieses Problem kümmern.

4. Wirtschaftslage

Am Schluss des Mittagessens unterhalten sich Bangemann

./.

- 7 -

und Delamuraz ganz kurz über das deutsche Programm zur Stützung der Konjunktur. Dieses Programm sei, so Bangemann, von der Presse nicht richtig verstanden worden. Angesichts der zwar nicht überbordenden, aber nicht ungünstigen Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik hätte nach Auffassung von Bangemann ein Rückgriff auf das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz oder ein Vorziehen der Steuerreform als Ueberreaktion gewertet werden müssen. Mit dem Kreditprogramm wollte die Bundesrepublik lediglich vermeiden, dass die Gemeinden und mittelständischen Unternehmen durch eine Verlangsamung ihrer Investitionstätigkeit eine prozyklische Wirkung entfalten. Was die Bundesregierung auch immer getan hätte, wäre, so Bangemann, von der Presse kritisiert worden.

Am Ende des Gesprächs erwähnt Delamuraz beiläufig das ungelöste Problem der Körperschaftssteuer.

Bei der Verabschiedung erklärt Bangemann, er sei noch einen Besuch in der Schweiz schuldig. Falls zur Vorbereitung des Treffens vom 2. Februar ein weiteres Gespräch aus der Sicht von Delamuraz angebracht wäre, so könne man darüber sprechen.

Das Traktandum "bilaterale Fragen im Verhältnis Schweiz-EG" wurde mangels Zeit nicht diskutiert.

Eric Martin



Eidgenössisches Departement
für auswärtige Angelegenheiten
Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
Integrationsbureau

Département fédéral des affaires étrangères
Département fédéral de l'économie publique
Bureau de l'intégration

3003 Bern
Bundeshaus Ost

4. Januar 1988

☎ 031 / 61

22 54

Ihr Zeichen
Votre signe
Vostra sigla

Unser Zeichen
Notre signe
Nostra sigla

777.110.BRD - zh

an	SIM KU				a/a
Datum	7.1				III
Visa	SIN	L			KA
EDA		07.01.88	16		
Ref. p. B. 15. 21. A.					

Geht an:

- Schweizerische Botschaft in
Athen, Brüssel, Den Haag, Dublin, Kopenhagen, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Paris, Rom; Helsinki, Oslo, Stockholm, Wien;
- B, Ly, Py, Ke, R, C, Mf, Zi, Gr
- Sekretariat des Departementschefs EVD
- EDA:
 - . Politische Abteilung I
 - . Finanz- und Wirtschaftsdienst

**Besuch von Herrn Bundesrat Jean-Pascal DELAMURAZ
in Bonn am 4. Dezember 1987**

In der Beilage erhalten Sie eine Aufzeichnung unserer Vertretung in Bonn über das Gespräch von Herrn Bundesrat Delamuraz mit Bundeswirtschaftsminister Bangemann vom 4. Dezember 1987 in Bonn.

INTEGRATIONSBUREAU EDA/EVD

Jakob Kellenberger

(Jakob Kellenberger)

Beilage erwähnt

Kopie an:

Schweizerische Botschaft, Bonn (mit unserem besten Dank für Ihren Bericht)